

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmanndorf, Wälden St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermühlen, Kubchnappel und Lirscheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 102.

Veranschlagung: Nr. 7.

54. Jahrgang.
Mittwoch, den 4. Mai

Telegrammadresse: 1904.
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwidauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Aussträger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Donnerstag und Freitag den 5. und 6. Mai Jahrmart in Lichtenstein.

Bekanntmachung,

die Vorkehrung von Schutzmaßregeln zur Verhütung von Unglücksfällen bei der Benutzung von Drehmangeln betreffend.

Wiederholte Unglücksfälle, die bei der Benutzung von Drehmangeln vorgekommen und von denen namentlich Kinder betroffen worden sind, veranlassen den Stadtrat nach Gehör der Königlichen Gewerbeinspektion für die Besitzer von Drehmangeln, welche Anderen gegen Entgelt zur Benutzung überlassen werden, folgende Anordnungen zu treffen:

1. Die Mangeln sind so aufzustellen, daß der zwischen dem ausgezogenen Rasten und der Wand verbleibende Raum wenigstens 60 cm beträgt oder es ist der Raum zwischen der Wand und dem Untergestell der Mangel durch verschließbare Geländer vollständig abzusperren.

2. Alle Rädergetriebe sind, soweit die Art des Betriebes es erfordert, durch Blechhauben oder dergleichen vollkommen zu verdecken.
3. Es sind Vorkehrungen zu treffen, daß nach Hochstellung des Mangelkastens ein unbeabsichtigtes Niedergehen desselben ausgeschlossen ist.
4. In der Mangelstube sind an deutlich sichtbarer Stelle Anschläge anzubringen, aus welchen zu ersehen ist, daß eine Bedienung der Dreden u. s. w. während des Ganges der Mangeln unter allen Umständen zu unterbleiben hat.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.
Lichtenstein, am 26. April 1904.

Der Stadtrat.
Stedner,
Bürgermeister.

Schr.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Eigen-Vericht.) nh. Berlin, 2. Mai 1904.

Man muß es in der Tat bedauern, daß die so ungemein wichtige zweite Beratung des Etats sich vor einem Auditorium von etwa 15 Abgg. abwickelte. Von jeder Partei waren nur etwa zwei bis drei Mitglieder vertreten, auch von der sich sonst durch Pünktlichkeit auszeichnenden Sozialdemokratie, die anscheinend etwas unter den Nachwehen der Reisezeit zu leiden hatte. Und dabei handelte es sich um äußerst wichtige in das Finanzleben vor allem der Einzelstaaten tief eingreifende Fragen. Diejenigen Abgg., die die Debatte in allererster Linie anging, nämlich die Vertreter der kleinen Bundesstaaten, glänzten natürlich durch Abwesenheit. Für die Interessen der Wähler ihrer Kreise einzutreten, überließen sie Herrn Dr. Baasche, der natürlich einen recht schweren Stand dabei hatte. Es handelte sich bei der Beratung im wesentlichen um die Deckung des Defizits im Reichshaushalt, der in diesem Jahre ca. 50 Millionen Mark beträgt. In Erwartung einer günstigen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hat die Budgetkommission die Zölle und Verbrauchssteuern um 20, die Zuckersteuer um 10 und die Reichsbottichsteuer um über 2 Millionen Mark erhöht, sodas nun 10 Millionen ungedeckte Ausgaben bestehen. Die verbündeten Regierungen haben, wie im vorigen Jahre dem Reichstage vorgeschlagen, ein Defizit auf dem Wege der Zuschußanleihe zu decken, worauf der Reichstag natürlich nicht eingegangen geneigt ist. Die ewige Pumpwirtschaft ist nicht nur der linken, sondern anscheinend auch der rechten Seite des Hauses in hohem Maße unangenehm und deshalb hat die Mehrheit der Budgetkommission beschlossen, die 17 Millionen Mark ungedeckter Aufgaben auf dem Wege der Matrikularbeiträge zu erheben und zu decken. Wenn die Debatte über diesen Beschluß morgen in den deutschen Landen bekannt wird, dann dürfte manch' Ach und Weh den Bekommenen und aller Hoffnungen auf die Balanzierung ihrer Etats beraubten Ministerhergen entweichen. Aber nicht nur die Minister, sondern auch die Steuerzahler in den kleinen Bundesstaaten werden beunruhigt und betrübt sein. Der neuernannte Vertreter Sachsens im Bundesrat Herr Graf Hohenthal gab dann sofort die Erklärung ab, daß seine Regierung diesem Beschlusse nie zustimmen werde.

Dr. Baasche (nl.), der die Matrikularbeiträge um 10 Millionen Mk. verringern wollte, fand im Hause gar keine Gegenliebe. Namens der Rechten widersprach ihm Abg. v. Kardorff, vom Zentrum Abg. Speck, von der Linken die Abgg. Bachnick (fr. Wg.) und Dr. David (Soz.). Dr. Baasche hatte angesichts dieser Stimmung im Hause seiner Anregung gegenüber allen Mut verloren und verzichtete sogar auf die Formulierung eines Antrages. Bei dieser Gelegenheit entspann sich noch zwischen den Abgg. v. Kardorff (Kp.), Dr. Wolff (B. d. L.)

einerseits und den Abgg. Bachnick (fr. Wg.) und Dr. David (Soz.) andererseits eine hochinteressante Agrardebate. Während die Redner der Rechten die Nichtkündigung der Handelsverträge, vor allem des argentinischen, verurteilten, wurde sie von den Sprechern der Linken als eine rettende und vernünftige Tat gepriesen.

Die Tabaksteuer fand ohne jede Debatte nach den Beschlüssen der Kommission ihre Annahme. Anders verhielt es sich bei der Zuckersteuer, wo die Rechte die Gelegenheit benutzte, gegen die Brüsseler Konvention zu polemisieren und die gedrückte Lage der Zuckerindustrie zu betonen. Dr. Baasche (nl.) und der Staatssekretär Frhr. v. Stengel betonten dem gegenüber, daß die Zuckerindustrie keinen Anlaß habe, trübe in die Zukunft zu blicken. Durch die Erhöhung des Inlandkonsums werde sich die schlechte Konjunktur bald heben und ihren Betrieb wieder recht rentabel machen.

Bei der Beratung der Salzsteuer wünschten die Abgg. Kulersti (Pole) und Werner (ant.) ihre Verteilung. Diese volksfreundliche Anregung veranlaßte Herrn Camp (Rp.), den Antragsteller die Verbreitung der gehaltenen Reden in ihren Wahlkreisen zu empfehlen und ihnen zu sagen, daß seine Partei die Aufhebung der Salzsteuer schon vor langen Jahren beantragt hätte. — Gegen 6 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Politische Hundschau.

Deutsches Reich.

* Potsdam. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern 8 Uhr 10 Min. hier eingetroffen und haben sich nach dem Stadtschloß begeben.

* Ueber einen Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard berichtet die Londoner Morgenspost: „Bei seiner Kreuzfahrt im Mittelmeer hat Kaiser Wilhelm wiederholt große Bewunderung für die dort stationierte britische Flotte ausgedrückt. Von Malta aus soll er ein Telegramm des Inhalts gesandt haben, die britischen Matrosen seien bewundernswert schneidig und vorzüglich eingezogen. König Eduard dankte in einem herzlichen Telegramm.“

* Berlin. Dem „N. A.“ wird von seinem nach Deutsch-Südwestafrika entsandten O. D.-Korrespondenten aus Bimal Otjhaenena, 28. April gemeldet: Wenn auch die Typhus-Erkrankungen noch nicht zum Stillstand gekommen sind, nahmen sie in den letzten Tagen dank der hier gegebenen besseren Gelegenheit zur Unterbringung der Kranken und der größeren Ruhe doch einen günstigeren Verlauf. Zurzeit liegen von der Abteilung in Windhut 40 und hier 45 Typhuskranken. Der Stabsarzt Dr. Wiemann erweiterte das hiesige Lazarett auf 50 Betten. Ein bei den Herero bis zum 6. April festgehaltenener Missionar erzählte, die Herero seien über die ihnen am 3. April bei Otaharni vom Detachement Glasenapp zugefügten schweren Verluste sehr niedergeschlagen gewesen.

* Von deutscher kolonialer Seite wird zur Beruhigung von Deutsch-Südwestafrika für nötig gehalten,

daß allen Rebellen ihr Besitz an Land und Vieh entzogen wird, die Stammesorganisationen aufgelöst und die Haltung von Waffen unteragt werde. Das erscheint hart, aber wirksam.

* Der Seniorenkonvent des Reichstags hat beschlossen, die Sitzungen bis spätestens am Mittwoch vor Pfingsten fortzusetzen und sie nach dem Feste wieder aufzunehmen, um alsdann die unausschiebbaren Vorlagen zu erledigen und darauf, vorausgesetzt, daß die verbündeten Regierungen damit einverstanden sind, die Vertagung bis zum November eintreten zu lassen. Es wird also wieder eine Menge unerledigtes Material aus dem alten ins neue Jahr mit hinübergeschleppt werden.

* Wegen Geheimbünde lei befindet sich in Untersuchungshaft in Königsberg jetzt nur noch der Handelsmann Kugel, nachdem auch der Sozialdemokrat Klein-Remel gegen Kaution von 1000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist. Der Antrag, Kugel aus der Haft zu entlassen, wurde vom Gericht abgelehnt.

* Die erste Studentin der Theologie ist am Sonnabend an der Heidelberger Universität immatrikuliert worden.

Oesterreich.

* Veruntreuungen. In der Verwaltung der Stadtgemeinde Großwardein wurden Abgänge in Höhe von 125 000 Kronen konstatiert. Gegen den städtischen Kassierer ist Disziplinaruntersuchung eingeleitet.

Rußland.

* Fleisch für Wladivostok. Englische Zeitungen melden, daß der Kommandant von Wladivostok kürzlich angeordnet hat, daß alle jagdbaren Tiere auf der Insel Astold, die Wladivostok gegenüber liegt, abgeschossen werden sollten, einestheils, weil man in dem russischen Hasen Lebensmittel braucht, andererseits aber auch, damit sie nicht den Japanern in die Hände fielen. Die Insel war, da sie vor allen Raubtieren der Mandchurie sicher war, bisher ein wahres Jägerparadies. Sie glied einem riesigen Wildpark, in dem die schönsten und seltensten Wildarten in großen Mengen vorhanden waren.

Schweden.

* Für Neuanfassungen der Marine hat der schwedische Reichstag 6 000 000 Kronen bewilligt.

Amerika.

* Leider schwebte über der Eröffnung der Weltausstellung in St. Louis ein kleiner Unstern. Nach einer Meldung des Bureau Laffan ist die Stadt St. Louis mit Ueberschwemmung bedroht, da der Mississippistrom durch die Frühjahrsschmelzen stark angeschwollen ist. Die Gefahr wächst von Tag zu Tag.

Griechenland.

* Auf eine Interpellation wegen des Zwischenfalls in Smyrna gab der Minister des Aeußeren der Hoffnung Ausdruck, daß eine rasche Genugtuung erfolgen werde. Was die dem Streitfälle zu Grunde liegende Frage angeht, so habe Griechenland die Entscheidung der Mächte anzuerkennen.